

Stellungnahme zum Antrag

Vorlage Nr.: 2024/0384

Verantwortlich: **Dez. 5**
Dienststelle: **Städtisches
Klinikum Karlsruhe**

Gesundheitskompetenz erweitern - Bewusster Umgang mit Notruf und Notaufnahmen Antrag: GRÜNE

Gremien	Termin	TOP	Ö / N	Zuständigkeit
Ausschuss für Umwelt und Gesundheit	16.05.2024	6	Ö	Behandlung

Kurzfassung

Es zeigt sich, dass Mitbürger*innen oft ohne wirklichen medizinischen Notfall die Notrufnummer 112 wählen oder die Zentrale Notaufnahme aufsuchen. Die notfallmedizinische Versorgung über die 112 durch ein (arztbesetztes) Rettungsmittel und/oder die Notaufnahme sind jedoch für schwerwiegende Erkrankungen und Verletzungen vorgesehen. Diese Fehlnutzung ist oft auf mangelndes Wissen der Bevölkerung zurückzuführen.

Daher wird der Bedarf an mehr Aufklärungsarbeit in diesem Bereich anerkannt und die Entwicklung einer entsprechenden Öffentlichkeitskampagne als positiv bewertet. Ziel ist es, eine schnelle Notfallversorgung in der Region flächendeckend zu gewährleisten. Hierfür sind die Verwaltung und weitere Akteure (Gesundheitsamt, Städtisches Klinikum Karlsruhe, ViDia Christliche Kliniken Karlsruhe, Kassenärztliche Vereinigung Baden-Württemberg, Ärzteschaft) bereit, aktiv an der Ideenfindung und – soweit möglich – an der Umsetzung einer solchen Kampagne mitzuwirken. Als Einstieg in das Thema wird die Kommunale Gesundheitsförderung beteiligte Akteure in Karlsruhe zu einem einmaligen Runden Tisch einladen, um gemeinsam Ideen zu erarbeiten und hierüber in einer Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Gesundheit zu berichten.

Erläuterungen

Finanzielle Auswirkungen	Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>	
<input type="checkbox"/> Investition <input type="checkbox"/> Konsumtive Maßnahme	Gesamtkosten: Jährliche/r Budgetbedarf/Folgekosten:	Gesamteinzahlung: Jährlicher Ertrag:
Finanzierung <input type="checkbox"/> bereits vollständig budgetiert <input type="checkbox"/> teilweise budgetiert <input type="checkbox"/> nicht budgetiert	Gegenfinanzierung durch <input type="checkbox"/> Mehrerträge/-einzahlung <input type="checkbox"/> Wegfall bestehender Aufgaben <input type="checkbox"/> Umschichtung innerhalb des Dezernates	Die Gegenfinanzierung ist im Erläuterungsteil dargestellt.

CO₂-Relevanz: Auswirkung auf den Klimaschutz Bei Ja: Begründung Optimierung (im Text ergänzende Erläuterungen)	Nein <input type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	positiv <input type="checkbox"/> negativ <input type="checkbox"/>	geringfügig <input type="checkbox"/> erheblich <input type="checkbox"/>
IQ-relevant	Nein <input type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	Korridor Thema:	
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften	Nein <input type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	abgestimmt mit	

Es wird beobachtet, dass Mitbürger*innen oft ohne wirklichen medizinischen Notfall die Notrufnummer 112 wählen oder Zentrale Notaufnahmen aufsuchen. Die notfallmedizinische Versorgung über die 112 durch ein (arztbesetztes) Rettungsmittel und/oder die Notaufnahme sind jedoch für schwerwiegende Erkrankungen und Verletzungen vorgesehen. Eine Datenerhebung des Städtischen Klinikums aus dem Jahr 2023 zeigt, dass zwei Drittel der Mitbürger*innen, die durch den Rettungsdienst an das Klinikum gebracht werden oder sich selbst in der dortigen Zentralen Notaufnahme vorstellen, in einer Notaufnahme nicht im richtigen Versorgungsbereich sind. Bei einer Anzahl von 62.750 Kontakten im Jahr 2023 bedeutet dies eine Fehlallokation von fast 40.000 Personen. Ähnliche (Miss)-Verhältnisse verzeichnet die Notaufnahme der ViDia Kliniken Karlsruhe.

Konsequenz dieser fehlerhaften Inanspruchnahme der Notrufnummer 112 ist, dass Rettungsmittel nicht (zeitnah) für schwerwiegende Erkrankungen und Verletzungen zur Verfügung stehen, da sie für die „Versorgung“ vor Ort oder den Transport in die Notaufnahme nicht schwerwiegender Erkrankungen und Verletzungen gebunden sind und/oder keine zeitnahe Übergabe in der mit leichtgradig Erkrankten und Verletzten überfüllten Notaufnahme stattfinden kann. Folgen dieses Aufsuchens der Notaufnahmen durch leichtgradig Erkrankte und Verletzte sind lange Wartezeiten, die zu Unmut und mitunter aggressivem verbalen und körperlichen Verhalten gegen das pflegerische und ärztliche Personal führen, Überlastung des pflegerischen und ärztlichen Personals in der Notaufnahme, hohe Kosten und – als die schwerwiegendste Folge – fehlende Kapazitäten für die wirklich schwer oder sogar kritisch erkrankten oder verletzten Patient*innen.

Die Fehlnutzung der 112 oder die fehlerhafte Vorstellung in der Notaufnahme bei leichtgradigen Erkrankungen oder Verletzungen ist in den meisten Fällen auf mangelndes Wissen in Teilen der Bevölkerung zurückzuführen, d.h. das Wissen darüber, in welcher Situation die Nummer des ärztlichen Bereitschaftsdienstes (116117) oder die Notrufnummer (112) zu wählen ist oder mit welchem Schweregrad der Erkrankung oder Verletzung eine Vorstellung bei einem/einer Haus- respektive Fachärztin/arzt ausreichend oder die Vorstellung in der Notaufnahme notwendig ist. Dies zeigt sich sowohl im Rahmen des ärztlichen Bereitschaftsdienstes als auch anhand der Erfahrungen aus der Zentralen Notaufnahme des Städtischen Klinikums und der ViDia Kliniken. Nach dortiger Ansicht fehlt es an einer Orientierung im Gesundheitssystem (navigationale Gesundheitskompetenz) und damit an der Fähigkeit, die Dringlichkeit einer Situation korrekt einzuschätzen.

Es benötigt eine klare Kommunikation und Aufklärung über den Gebrauch der Telefonnummer des ärztlichen Bereitschaftsdienstes der Kassenärztlichen Vereinigung als verantwortlichem Träger der ambulanten Notfallversorgung (das heißt gerade für Patient*innen für leicht- bis mittelgradige Erkrankungen und Verletzungen) und der Notrufnummer 112 für schwer- und kritisch erkrankte und verletzte Patient*innen.

Aus diesen Gründen wird die Entwicklung einer Kampagne als gemeinsame Initiative der einzelnen Beteiligten unterstützt. Dabei wird auch die Notwendigkeit gesehen, die Kampagne in einfacher Sprache und mit visuellen Elementen zu gestalten. Nur so kann sichergestellt werden, dass die Botschaft für alle verständlich ist, unabhängig von dem jeweiligen sprachlichen oder kulturellen Hintergrund. Darüber hinaus sollten gezielt unterschiedliche Informationskanäle genutzt werden, die verschiedene Bevölkerungsgruppen ansprechen, um eine breite Reichweite sicherzustellen. Die Plakat- und Internetkampagne "Kein Fall für die Notaufnahme", die seit diesem Jahr in Hannover läuft, stellt ein gutes Beispiel dar. Insbesondere die Verwendung von Plakaten, die bei der Entscheidung helfen sollen, ob eine Vorstellung in der Notaufnahme gerechtfertigt ist, scheint zielführend zu sein. Zudem wird auf die Hausärzt*innen und den ärztlichen Bereitschaftsdienst für weniger akute Erkrankungen hingewiesen.

Es wird der Bedarf an mehr Information, Sensibilisierung und Aufklärungsarbeit in diesem Bereich erkannt und die Entwicklung einer entsprechenden Öffentlichkeitskampagne als äußerst positiv betrachtet. Ziel ist es, eine schnelle Notfallversorgung in der Region flächendeckend zu gewährleisten. Hierfür sind die Verwaltung und die weiteren Akteure – wie Gesundheitsamt, Städtisches Klinikum Karlsruhe, ViDia Christliche Kliniken Karlsruhe, Kassenärztliche Vereinigung Baden-Württemberg,

Ärzeschaft u.a. - bereit, aktiv an der Ideenfindung und – soweit möglich – an der Umsetzung einer Kampagne mitzuwirken und stehen für weitere Gespräche und Kooperation zur Verfügung. Aufgrund der Mitversorgung des Landkreises erachtet das Gesundheitsamt eine gemeinsame Aktion auch mit den RKH Regionale Kliniken Holding für sinnvoll.

Die Kommunale Gesundheitsförderung, welche beim Umwelt- und Arbeitsschutz der Stadt Karlsruhe angesiedelt ist, steht in regelmäßigem Austausch mit anderen Stadt- und Landkreisen. Daher ist bekannt, dass das Gesundheitsamt des Ortenaukreises sich bereits mit dem Thema „Gesundheitskompetenz in der Notfallversorgung“ beschäftigt und das Projekt „Förderung der Gesundheitskompetenz im Bereich Zugang zur medizinischen Notfallversorgung“ vom dortigen Gesundheitsamt geleitet wird. Bis Ende 2024 sollen Handlungsempfehlungen für den weiteren Prozess veröffentlicht werden, die unter anderem auch für Karlsruhe hilfreich sein könnten (vgl. [Vorlage des Sozialausschusses vom 13.1.6.2023 des Ortenaukreises](#)¹).

Aus Gesprächen mit anderen Stadt- und Landkreisen wurde zudem deutlich, dass die umfassende Bearbeitung des Themas „Gesundheitskompetenz in der Notfallversorgung“ erhebliche Personalressourcen bindet und nicht parallel zum Alltagsgeschäft bearbeitet werden kann. So ist die Kommunale Gesundheitsförderung der Karlsruher Stadtverwaltung mit 1,3 Stellenanteilen aktuell sehr ausgelastet, nicht zuletzt, da immer mehr Themen, wie beispielsweise Mangel an Hausärzt*innen, hinzukommen.

Zur Erarbeitung einer umfassenden Öffentlichkeitskampagne im Bereich der Notfallversorgung stehen daher dort keine Ressourcen zur Verfügung. Jedoch bietet die Kommunale Gesundheitsförderung an, die beteiligten Akteure (Gesundheitsamt, Städtisches Klinikum Karlsruhe, ViDia Christliche Kliniken Karlsruhe, Kassenärztliche Vereinigung Baden-Württemberg, Ärzteschaft) zu einem einmaligen Runden Tisch einzuladen, um gemeinsam Ideen zur Stärkung der spezifischen Gesundheitskompetenz der Bevölkerung zum Umgang mit dem ärztlichen Notruf und der Notaufnahme im Krankenhaus zu erarbeiten. Aus Sicht der Kommunalen Gesundheitsförderung ist es wichtig, neben den im Antrag genannten Mitwirkenden auch die niedergelassenen Hausärzt*innen an dem Thema zu beteiligen. Über die Ergebnisse des Runden Tisches wird in einer Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Gesundheit berichtet.

Erläuterungen zu finanziellen Auswirkungen

Die finanziellen Auswirkungen können zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht formuliert werden. Im Falle der Umsetzung der Kampagne stünde hierfür kein Budget im Rahmen des Doppelhaushaltes 2024/25 zur Verfügung.

1

https://kreistag.ortenaukreis.de/sdnetrim/UGhVM0hpd2NXNFdFcExjZaUf9lorx16Cub424m3Bsy0jqPn1DUEkrfwKJQ01bmBf/SA-Vorlage_SA_13.1.6.2023.pdf